

Sehr geehrte Damen und Herren!

Allgemeiner Teil

Für mich ist die Adventszeit eine der schönsten Zeiten im Jahreslauf. Zum einen, weil wir gerade in dieser Zeit mehr darauf achten, was wirklich wichtig ist: nämlich die Familie, das wertschätzende Miteinander, Frieden und Freiheit.

Als leidenschaftlicher Kommunalpolitiker ist die Dezemberzeit aber auch gefühlt die intensivste Zeit in der Kommunalpolitik. Wir schauen nochmals genauer darauf, wie wir die uns vorgenommenen Aufgaben bewältigt haben. Und wir entwickeln die Strategien für das Folgejahr sowie die Zukunft weiter. Wir wollen die Gemeinde und damit das Leben der Menschen gestalten, es Jahr für Jahr ein weiteres Stück liebens- und lebenswerter machen. Dass dies nicht immer einfach ist, versteht sich in der Kommunalpolitik von selbst. Von jeher wissen wir, dass personelle und finanzielle Ressourcen begrenzt sind, wir unsere Entscheidungen immer auch unter der Beachtung der Generationengerechtigkeit treffen müssen. Prioritäten setzen ist dabei selbstverständlich, aber auch kein einfaches Handwerk. Wir müssen zuhören, analysieren und abwägen, was für die Mehrheit der Menschen richtig ist. Die Entscheidungen müssen transparent erklärt, mit einem demokratischen Prozess untermauert und nachvollziehbar sein. Unser Grundgesetz, die Landesverfassung sowie die Gemeindeordnung in Baden-Württemberg geben uns dafür ausgezeichnete Rahmenbedingungen. Sie sichern die kommunale Selbstverwaltung, das Konnexitätsprinzip und bilden damit die Grundlage vor Ort selbstbestimmt gestalten zu können. Nach meinem Dafürhalten bilden diese Grundsätze auch das Fundament für erfolgreiche Gemeinden, denn wenn sich starke Bürger mit all ihren Fähigkeiten zusammentun und in einem demokratischen Staat sich vor Ort selbst einbringen, haben und werden wir die besten Ergebnisse erzielen. Dies gelingt nicht

in einem zentral geführten Staatsaufbau. Warum sage ich dies eingangs meiner Haushaltsrede für unsere Gemeinde Karlsdorf-Neuthard? Weil ich bei den Entwicklungen in den vergangenen Jahren genau diesen föderalistischen Staatsaufbau und die kommunale Selbstverwaltung in Gefahr sehe. Mit dieser Meinung bin ich nicht alleine! Sie wird von den kommunalen Spitzenverbänden wie Gemeindetag, Städtetag und Landkreistag geteilt. **Die kommunale Selbstverwaltung ist deshalb in Gefahr, weil Aufgaben-Übertragung und die finanzielle Ausstattung nicht wie vom Grundgesetz und der Landesverfassung vorgesehen im Einklang stehen, sondern sich in zunehmendem Maße in einem deutlichen Ungleichgewicht befinden.** Es besteht aktuell kein finanzieller Spielraum mehr für die Selbstverwaltung. Wir werden ungefragt zum Erfüllungsgehilfen des Landes und vor allem des Bundes degradiert. Dies liegt nach meiner Einschätzung daran, weil vor allem in der Bundespolitik seit Jahren eine Politik betreibt, die Jahr für Jahr eine Wette auf die Zukunft eingeht. Es werden politische Versprechungen gegeben, die nur dann eingehalten werden können, wenn sich die Zukunft positiver entwickelt als erwartet oder andere die Versprechungen erfüllen müssen. Um dies bildlich auszudrücken: man springt mit einer Idee aus dem Fenster und hofft, dass man selbst den finanziellen Fallschirm noch aufspannen kann. Dies gelingt in der Regel leider nie und der harte Aufprall in der Realität wurde immer wieder durch die kommunale Feuerwehr mit einem Sicherheitsnetz verhindert. Dieser Politikstil hat, man muss dies auch selbstkritisch sagen, leider aufgrund des Pflichtbewusstseins der kommunalen Familie und der Nähe zu den Menschen zu gut funktioniert. Doch nun fehlt auch der „kommunalen Feuerwehr“ das Geld zur Wartung des „Sicherheitsnetzes“ und erst recht das entsprechende Personal. Wir werden dennoch auch in den nächsten Wochen immer wieder hören, dass die kommunale Familie doch ihre Aufgaben erfüllen solle, man könne doch nicht immer alle Wünsche

der Kommunen erfüllen. Dabei wird immer wieder vergessen, dass nicht die Kommunen mit schönen Versprechungen ohne finanziellen Fallschirm aus dem Fenster springen! Und Hand aufs Herz, würde hier im Raum jemand ohne Fallschirm aus dem Fenster springen? Ich bin überzeugt davon, die Antwort lautet nein. **Denn Kommunalpolitik heißt Realpolitik!** Dies setzt den verantwortungsvollen Umgang mit realistischen personellen und finanziellen Ressourcen voraus und vor dem Sprung aus dem Fenster ist es für uns selbstverständlich den sicheren finanziellen Fallschirm anzulegen. Denn Versprechen in der Kommunalpolitik unterliegen sofort einem realen Faktencheck.

Auswirkungen auf die Kommunale Ebene im Allgemeinen

Was heißt dies nun konkret? Die kommunale Familie, d.h. Landkreise, Städte und Gemeinden rutschen ab 2025 ff in eine finanzielle Schieflage, wie es sie nach Einschätzung vieler in diesem Ausmaß noch nicht gegeben hat. Dies geschieht in Baden-Württemberg nicht deshalb, weil die allermeisten Kommunen nicht nach den Grundsätzen eines vorsichtigen Kaufmannes gehandelt hätten, sondern weil, wie eingangs erwähnt, immer mehr Aufgaben auf die kommunale Familie unter Missachtung des Konnexitätsprinzips übertragen werden. Die aktuell bekanntesten Beispiele auf Landkreisebene kennen sie alle: stetig steigende Sozialausgaben, in besonderem Maße das Bundesteilhabegesetz, Bürgergeld, Asylkosten, Kosten für die Kliniken oder den ÖPNV. Dies spiegelt sich in der enormen Steigerung der Kreisumlage wieder.

Darüber hinaus werden den Kommunen immer wieder neue Aufgaben und immer höhere Standards übertragen. Als ein Beispiel nenne ich die Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule ab 2026. Dieser wird

vom Bund vollmundig versprochen, ohne dass adäquat für Investitionen oder Betrieb Geld hinterlegt ist. Vielleicht klingt es für einen erfahrenen Kommunalpolitiker etwas naiv, wenn ich tatsächlich geglaubt habe, dass die realen Zahlen und Fakten auch bei verantwortungsvollen Bundespolitikern vor einer vorgezogenen Neuwahl zum Umdenken bewegen. Dass wirklich verstanden wurde, dass wir eine echte Zeiten- und Politikwende benötigen, wir uns ernsthaft darüber Gedanken machen, welche Standards für das Wohl der Allgemeinheit richtig und für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes notwendig sind. Doch allein aus der letzten Woche möchte ich zwei Beispiele nennen, nach denen offenkundig immer noch nicht alle verstanden haben, welche Entscheidungen und welche Realpolitik nun notwendig sind. So wurde u.a. in den BNN über die Einigung des Bundesbildungsministers und der Landesbildungsminister zum Digitalpakt 2.0 berichtet. Wer nicht nur die Überschrift gelesen hat, konnte im weiteren Text erfahren, dass man sich aktuell auf die „politischen Überschriften“ geeinigt hat, die Finanzierung der Versprechen aber wieder andere, nämlich die künftige Bundesregierung sicherstellen soll. Darüber hinaus können die Länder die Kommunen zur Finanzierung dieser Versprechen beteiligen. Ein weiteres Beispiel ist die Forderung der Bundes SPD, die nach der Empfehlung des Bürgerrates ein kostenloses Mittagessen für alle Schüler fordert. Grundsätzlich auch eine sehr gute Idee, wäre da nicht das Problem der Finanzierung. Für einen Kommunalpolitiker eine ernsthafte sowie entscheidende Fragestellung. Dies können sie auf Bundebene leicht beantworten, wenn es nur um die Schlagzeile geht. Die SPD kann sich eine finanzielle Beteiligung des Bundes vorstellen. Also wieder nur eine politische Forderung für das Schaufenster, die keinem Realitätscheck standhält. Damit sind wir wieder bei dem Grundsatzproblem: Verweigerung der Realität und konsequente Missachtung des Konnexitätsprinzip, aus Ignoranz, Unwissenheit oder warum auch immer. Und eigentlich ist es gar nicht

so schwer zu verstehen, wie es ein sehr erfahrener Bürgermeisterkollege und Vorsitzender der Bürgermeisterverbandes von Ba.-Wü. Michael Makurath dieser Tage auf den Punkt gebracht hat: Wenn Sie in der Adventszeit auf den Weihnachtsmarkt gehen und einen Glühwein bestellen, müssen Sie bezahlen. Das nennt man Konnexitätsprinzip. Um dieses Beispiel noch etwas zu bemühen, um zu erklären, was bei Missachtung dieses Prinzips passiert, möchte ich Sie kurz auf einen Weihnachtsmarktbesuch mitnehmen: wenn sie als Familienvater mit einem gut gefüllten Geldbeutel dieser Tagen einen Weihnachtsmarkt besuchen, in dem Wissen, dass sie eben aufgrund der Größe ihrer Familie vielleicht etwas mehr Geld benötigen, dieses angespart haben und gut finanziert ihren Weihnachtsbesuch starten, dann sollte dies ihr gutes Recht sein, denn sie haben selbstbestimmt entschieden, wie viel Geld sie ansparen möchten und wofür sie es ausgeben wollen. Wenn Sie nun ihren gut gelaunten Nachbarn auf dem Weihnachtsmarkt treffen, er ohne sie zu fragen eine Runde für die gesamte Nachbarschaft auf Ihren Namen bestellt, weil sie ja einen gut gefüllten Geldbeutel dabei haben, dann würde doch in der Regel jeder von uns widersprechen. Aber weil der Nachbar lieb und nett ist, sich alle Nachbarn natürlich auf den Gratisglühwein freuen, überredet ihr Nachbar sie, dass sie zumindest 50 % der Rechnung übernehmen. Dies funktioniert bei ihrem Weihnachtsmarktbesuch vielleicht einmal oder zweimal aber ganz sicher wird irgendwann ihr Geld alle und für Ihre eigene Familie nichts mehr übrig sein. Um dieses Beispiel auf die Spitze treiben, wenn ihr netter Nachbar dann auch noch für das nächste Jahr die Nachbarschaft auf einen Gratisglühwein einlädt, müssen Sie sich ernsthaft Gedanken machen, ob sich ihre eigene Familie den Besuch auf den Weihnachtsmarkt überhaupt noch leisten kann. Es sei denn, Ihr Nachbar bezahlt seine Bestellung selbst oder trifft vor der Bestellung eine Absprache, ob und wenn ja, in welchem Umfang Sie sich an den Kosten beteiligen wollen. Klingt eigentlich

ziemlich banal und nachvollziehbar. Umso unverständlicher ist es, warum sich der Bund nicht daran hält. Es wird fleißig bestellt und Kommunen sollen zahlen. Dies funktioniert nun nicht mehr!

Zahlen in Karlsdorf-Neuthard

Aktuell haben wir 2025 **noch** kein Einnahmeproblem. In 2025 haben wir mit rund 31,12 Mio. EUR rund 1 Mio. EUR mehr Einnahmen als im Vorjahr. Problematisch ist allerdings, dass wir die Mehrausgaben von 2,83 Mio. EUR im Gegensatz zum Vorjahr nicht mehr kompensieren können. Wir werden leider erstmals nach 2005 und 2021 wieder einen Haushalt zur Beratung und Verabschiedung vorlegen, der ein deutliches Defizit aufweist. Der Zahlungsmittelüberschuss weist ein Minus von 1.465.900 EUR auf. Nach Abzug der Abschreibungen i.H.v. 1.182.400 EUR liegen wir immer noch bei einem Zahlungsmittelbedarf von -283.500 EUR. D.h., wir leben auf Substanz und Kosten der künftigen Generationen. Bei der Haushaltsplanung im letzten Jahr hatten wir für 2025 noch mit einem Plus von rund 620.000 EUR gerechnet.

Unter Berücksichtigung der Prognose für die Entwicklung des Zahlungsmittelüberschusses sowie der Liquidität unter Berücksichtigung der aktuellen Rahmenbedingungen wollen wir 2025 zunächst auf Sicht fahren. In diesen Zahlen ist bereits berücksichtigt, dass wir für die notwendigen

Unterhaltungsmaßnahmen im Hochbau, die von unserem Bauamt mit rund 2,8 Mio. EUR ermittelt wurden, bereits erhebliche Abstriche vorgenommen haben. Wir können in diesem Haushalt lediglich rund 800.000 EUR dafür zur Verfügung stellen. Grundsätzlich wäre auch noch eine weitere Reduzierung dieser Ausgabeposition möglich. Dies würde aber bedeuten, dass wir noch mehr die Probleme und

Entscheidungen in die Zukunft verschieben. Denn, wie bereits mehrfach erwähnt, entsteht dieses strukturelle Defizit nicht deshalb, weil wir in den vergangenen Jahren schlecht gewirtschaftet hätten und über unsere Verhältnisse gelebt haben. Dieses Defizit entsteht deshalb, weil wir die **Steigerung wesentlicher Ausgabenpositionen** nicht ohne weiteres beeinflussen können. Dies sind

- die **Steigerung der Kreisumlage** in 2025 um 4,5 auf 32 Prozentpunkte, d.h. 760.500 EUR mehr, insgesamt rund 5,8 Mio. EUR, die im Wesentlichen auf bundespolitischen Versprechungen zurückzuführen sind.
- Darüber hinaus steigen der Anteil an den **Kosten der Kinderbetreuung** um 836.800 EUR auf insgesamt rund 5,4 Mio. EUR brutto sowie
- die **Personalaufwendungen** um 464.000 EUR, insgesamt rund 6,1 Mio. EUR (es sind keine Stellenmehrungen vorgesehen).

Sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte,

wir haben uns zu Sicherung der Aufgabenerfüllung seit 2007 gemeinsam auf **strategische Ziele** verständigt. Grundlage für unser Handeln sollte stets ein solider Haushalt sein. Jedes Jahr wollten wir deshalb einen Zahlungsmittelüberschuss von 1,5 Mio. EUR erwirtschaften und unter Berücksichtigung der Abschreibungen muss dieser künftig bei rund 2 Mio. EUR liegen. Dieses Ziel haben wir im Durchschnitt seitdem erreicht. Aber warum ist dies überhaupt so wichtig? Wenn wir es nicht schaffen unsere Abschreibungen zu erwirtschaften, leben wir zum einen von der Substanz. Wenn uns darüber hinaus freie Mittel fehlen, fehlt zum anderen Geld für Investitionen in die kommunale Selbstverwaltung. Mit Blick auf das Jahr 2025 ff müssen wir leider beides feststellen. Wenn auf Landkreisseite ab 2026 mit einer Kreisumlage von 38 Punkten der Worstcase eintreten sollte, so sieht die Prognose nochmals dramatischer aus.

Trotz dieser düsteren Aussichten heißt für mich Kommunalpolitik, nicht vor Herausforderungen zurück zu schrecken. Wir müssen offen und schonungslos die Probleme benennen und im Sinne der Menschen eine zukunftsfähige Strategie unter Berücksichtigung realer Ressourcen einfordern. Die notwendigen Änderungen insbesondere auf Bundesebene werden ihre Wirkung aber nicht sofort entfalten können. **Deshalb werden wir, wie gesagt, 2025 zunächst auf Sicht fahren und mit vereinten Kräften von Gemeinde-, Städte- und Landkreistag auf die notwendigen Veränderungen in der Bundespolitik hinarbeiten.** Sollte dies nicht gelingen, so wären auf kommunaler Ebene, so auch bei uns, deutliche Einschnitte notwendig. Bisher konnten wir beispielsweise auf Steuererhöhungen, mit Ausnahme von notwendigen Gebührenanpassungen, verzichten, weil wir nach unserer Ansicht noch kein Einnahmeproblem haben. Darüber hinaus wären aber auch harte Diskussionen um lieb gewonnene Freiwilligkeitsleistungen zu führen. Das Prinzip Hoffnung und auf Sicht fahren heißt für uns aber nicht, dass wir komplett ohne Fallschirm aus dem Fenster springen, sondern uns verantwortungsvoll mit der aktuellen Situation auseinandersetzen. **Neben den landes- und bundespolitischen Forderungen, müssen wir schon jetzt alternative Lösungsstrategien entwickeln.** Insbesondere mit Blick auf die Entwicklung der Liquidität müssen und können wir schon jetzt reagieren. So sah unsere strategische Finanzplanung in 2024 zunächst ein Abschmelzen der liquiden Mittel bis auf rund 526.000 EUR vor. Bis 2033 hätten wir aber wieder rund 7,7 Mio. EUR ansparen können. Diese Planung sah weiterhin vor, dass der aktuelle Schuldenstand von rund 11 Mio. EUR auf rund 7 Mio. EUR abgetragen werden kann, sodass wir 2033 quasi wieder schuldenfrei gewesen wären. Dies hätte uns in die Lage versetzt, weitere notwendige Investitionen zu tätigen. Im vorliegen Haushaltsentwurf sind aber leider weitere Darlehensaufnahmen ab 2026 notwendig. In Summe würde die Verschuldung auf

über 20 Mio. EUR ansteigen und es könnten kaum noch liquide Mittel angespart werden.

Die Ursachen für die deutliche Verschlechterung der Liquidität bis 2034 sind:

• Kostensteigerung geplanter Großprojekte	5,1 Mio. €
• Weniger Zahlungsmittelüberschüsse	10,7 Mio. €
• <i>davon Wenigereinnahmen Einkommensteueranteil</i>	<i>-2,9 Mio. €</i>
• <i>davon Mehrausgaben Kinderbetreuung</i>	<i>-7,2 Mio. €</i>
• <i>davon Mehrausgaben Personal- und Sachkosten</i>	<i>-3,9 Mio. €</i>
• <i>davon Mehrausgaben Abwasserbeseitigung</i>	<i><u>-1,7 Mio. €</u></i>
	<i>-15,7 Mio. €</i>

Teilweise Deckung durch Mehreinnahmen

• <i>davon Mehreinnahmen Abwassergebühren</i>	<i>2,1 Mio. €</i>
• <i>davon Mehreinnahmen Pachten</i>	<i>1,5 Mio. €</i>
• <i>davon Wenigerausgaben Finanzausgleich</i>	<i><u>1,4 Mio. €</u></i>
	<i>5,0 Mio. €</i>

Um dem einigermaßen entgegenwirken zu können, sind zunächst die großen Investitionsmaßnahmen auf ihre Investitionssumme hin und die zeitliche Abwicklung zu überprüfen. Alle wesentlichen Ausgaben im kommenden Jahr bzw. noch nicht getätigte Investitionen stehen unter dem Vorbehalt der nochmaligen Prüfung und Freigabe durch den Gemeinderat

Dabei liegt die Priorität der Umsetzung bei den Baumaßnahmen für die **Schönbornschule**. Dafür haben wir im Haushalt 2025 ff 16,9 Mio. EUR bereitgestellt. Nachdem wir einen Neubau gestoppt haben, der bei der

Leistungsphase zwei bei rund 29 Millionen € endete, ist nunmehr die Sanierung der Pavillons mit einem Teilneubau für das Hauptgebäude vorgesehen. Nach den ersten Untersuchungen belaufen sich die dafür notwendigen Investitionskosten auf 15,3-16,9 Mio. EUR. Wenn wir Anfang nächsten Jahres die Partner für die Architekten- und Ingenieurleistungen ausgesucht haben, werden wir mit diesen besprechen, inwieweit das notwendige Budget eingehalten oder evtl. reduziert werden kann. Zwingend ist dabei eine disziplinierte Diskussion mit allen Beteiligten über den notwendigen Raumbedarf. Die Sanierung mit einem Teilneubau ermöglicht es grundsätzlich auch die Zeitabfolge und damit den Mittelabfluss im Rahmen unserer finanziellen Leistungsfähigkeit zu steuern.

Gleiches gilt für das **Rathaus in Karlsdorf**. Unser politisches Ziel besteht nach wie vor in der Zusammenlegung beider Rathäuser. Das **Rathaus in Neuthard** konnten wir im Rahmen der Kostenberechnung mit 2 Mio. EUR bereits sanieren. Für Karlsdorf waren zunächst für eine Sanierung und einen Anbau 4,5 Millionen € vorgesehen. Aufgrund der Marktentwicklung haben wir diese Kosten nochmals überprüft. Nach heutigem Stand müssten wir von rund 8 Mio. EUR ausgehen. Deshalb haben wir für dieses Projekt unsere Planungen angepasst. Zwingend ist eine Sanierung des Bestandsgebäudes, weil aufgrund der Wärmeentwicklung in den Sommermonaten im Dachgeschoss aus Arbeitsschutzgründen keine Büroarbeitsplätze mehr angeboten werden dürfen. Deshalb muss in einem ersten Schritt das Hauptgebäude saniert und durch einen Erschließungstrakt zur Sicherstellung der Barrierefreiheit ergänzt werden. Wann und inwieweit ein ergänzender Neubau realisiert werden kann, hängt von der weiteren finanziellen Entwicklung ab. Demzufolge ist auch die Zusammenlegung der Rathäuser aus wirtschaftlichen Gründen zunächst nicht möglich.

Weitere Großprojekte sind die Erweiterung und Sanierung des **Kindergartens Don Bosco**. Dieser befindet sich bereits in der Umsetzungsphase und kann im Rahmen des Budgets von 1,7 Mio. EUR im nächsten Jahr abgeschlossen werden. Für den **Kindergarten Skt. Franziskus** sind aktuell 2 Mio. EUR für die Sanierung des Hauptgebäudes und den Umbau des Schulgebäudes C vorgesehen. Zunächst ist zwingend notwendig, dass wir das Schulgebäudes C konzeptionell als Krippengebäude für die U 3 Betreuung umbauen. Deshalb konzentrieren wir uns 2025 zunächst auf dieses Teilprojekt und stellen die Planungen für der notwendige Sanierung des Hauptgebäudes zurück.

In jedem Fall können wir auch 2025 für unsere Familien den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz sicherstellen.

Weiterer Handlungsmöglichkeiten bestehen in der Reduzierung der Mittel für den **Masterplan Straßensanierung**, für den wir jährlich 750.000 EUR bereitstellen. Für 2025 stehen diese Mittel noch zur Verfügung, denn insbesondere die Pfinzstr. muss in einem Teilbereich zwingend saniert werden. Außerdem stehen uns noch freie Fördermittel aus dem Landessanierungsprogramm zur Verfügung, die allerdings Mitte 2026 verfallen könnten. Vor diesem Hintergrund werden wir prüfen, inwieweit wir uns auch die Sanierung des Bannweideweges leisten können.

Aber auch die jährlichen Mittel i.H.v 100.000 EUR für die **Neugestaltung eines Spielplatzes** stehen zur Diskussion. Der Spielplatz in der Schulstraße wird allerdings noch erneuert werden können, weil die Mittel aus 2024 bereitstehen.

Durch die genannten Maßnahmen können wir zumindest kurzfristig bei der Liquidität reagieren. Erschwerend kommt allerdings hinzu, dass wir für weitere notwendige

Sanierungsmaßnahmen wie Buchbühlhalle, Schulschwimmbäder und -sporthallen noch keine Mittel vorgesehen haben. Wir müssen deshalb gegenüber der Landes- und Bundespolitik deutlich machen, dass auf der kommunalen Ebene zwingend freie Mittel erwirtschaftet werden müssen, die auch im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung für Schwimmbäder, Sporthallen, Spielplätze, Kindergärten, Straßensanierung und vieles andere mehr eingesetzt werden können und müssen. Diese Einrichtungen bestimmen die Qualität des Lebens der Menschen in Baden-Württemberg, dafür zahlen sie Steuern und darüber soll auch in Zukunft selbstbestimmt auf kommunaler Ebene entschieden werden können.

Im Zusammenhang mit unserer Investitionsplanung werde ich immer wieder darauf angesprochen, inwieweit der **Neubau** unseres gemeinsamen **Feuerwehrgerätehauses** mit einem Investitionsvolumen von rund 11,5 Mio. EUR uns zu stark binden würde. Ich möchte deshalb im Rahmen meiner Haushaltsrede nochmals deutlich machen, dass zur Sicherung der Einsatzfähigkeit, insbesondere bei der Tagesverfügbarkeit eine Zusammenlegung unserer Feuerwehr zwingend erforderlich war und ist. Die Größe des Feuerwehrgerätehauses definiert sich insbesondere durch die notwendige Anzahl der Stellplätze für die Feuerwehrfahrzeuge, die entsprechend der Einsatzbereiche in Art und Anzahl mit dem Kreisbrandmeister abgestimmt sind. Die weiteren Funktionsräume ergeben sich durch die Größe und die notwendigen Aufgaben der Feuerwehr. Insofern ist das Gebäude in seiner Dimension so erforderlich und überrascht natürlich, weil nahezu alle Feuerwehren im Landkreis Karlsruhe weiterhin eine dezentrale Struktur haben und deren Größe insofern nicht augenscheinlich wird. Dass wir diese Investition in Karlsdorf-Neuthard in einer Zeit tätigen mussten, in der die Baukonjunktur und

verschiedene Krisen mindestens 30 % Mehrkosten verursacht haben, war leider nicht vorhersehbar.

Im Haushalt 2025 sind im Rahmen unserer **Photovoltaikstrategie** noch keine Mittel bereitgestellt. Das Strategiepapier zeigt mögliche wirtschaftliche Anlagen auf verschiedenen Dächern bzw. Freiflächen der Gemeinde auf. Hierfür sind jedoch noch detailliertere Untersuchungen in 2025 notwendig. Denkbar ist, dass wir beispielsweise beim Wasserwerk eine weitere Anlage errichten, die sich dann auch positiv auf die Gestaltung der Wassergebühren auswirken kann. Wir folgen dabei dem Grundsatz, dass unsere Maßnahmen sich immer in einem ökologischen ökonomischen und sozialen Gleichgewicht befinden müssen. Im Grundsatz ist deshalb festzuhalten, dass auf kommunaler Ebene PV Anlagen nur dann errichtet werden können, wenn diese wirtschaftlich betrieben werden können. Dies ist aufgrund der aktuellen Rahmenbedingungen dann möglich, wenn wir mehr als 90 % des erzeugten Stroms selbst verbrauchen. Beispielsweise errichten wir im Abwasserverband Kammerforst im nächsten Jahr bereits die dritte Anlage. Wir können uns auf kommunaler Ebene mit Blick auf die finanziellen Rahmenbedingungen auch gar nichts anderes leisten. Auch dies ist eine Botschaft in Richtung Bund. Auch **Klimaschutz-Maßnahmen** sind nur dann möglich, wenn die Kommunen über die entsprechenden freien finanziellen Mittel verfügen. Allein eine Wärmeplanung bedeutet noch kein Klimaschutz, sondern lediglich ein Konzept-Papier, welches im Archiv landet, wenn wir keine finanziellen Mittel zur Umsetzung haben. Dabei helfen auch keine Fördermittel, denn in einer aller Regel müssen Kommunen erhebliche finanzielle Mittel zur Kofinanzierung bereitstellen. Wenn ich dieser Tage dann aber auch von Bürgermeisterkollegen höre, die Abkehr von der Schuldenbremse auf Bundesebene wäre das Allheilmittel, dann glaube ich, dass auch diese Kollegen die Systematik der Kommunen in Ba.-Wü. nicht verstanden

haben. Richtig und wichtig ist, dass Zukunftsinvestitionen mit Darlehen finanziert werden können. So machen wir Kommunen dies von jeher. Ich kenne aber kein Förderprogramm des Bundes, welches 100% Investitionen oder Betriebskosten der Kommunen fördert. Und wer einigermaßen rechnen kann, wird schnell feststellen, dass dies auch nicht finanzierbar wäre. Wenn Kommunen ein negatives Haushaltsergebnis und dies nicht nur in einem Jahr aufweisen, spricht man von einem strukturellen Defizit. Es fehlen dann die Eigenmittel zur Kofinanzierung. D.h. oberste Priorität hat die Beseitigung der Ursachen des strukturellen Defizites, welches im Wesentlichen durch die Bundespolitik bis hinein in die Kommunen verursacht wird.

Am Jahresende freue ich auf die Übergabe unseres Wohnhauses im Gebiet „Wohnen an der Pfinz“. Wir haben es geschafft, dass wir **14 Wohnungen** in den Bestand unseres Eigenbetriebes übernehmen und nach **sozialen Kriterien** vermieten können. Bei 12 Wohnungen liegt der **geförderte Mietpreis** bei 9,05 EUR/m². Ein Ergebnis, auf das wir alle stolz sein können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
im nächsten Jahr feiern wir **50 Jahre Karlsdorf-Neuthard**. In diesen 5 Jahrzehnten gab es viele Herausforderungen. Lassen wir uns davon inspirieren und ermutigen, dass auch wir die Kraft und den Mut aufbringen, die richtigen Zukunftsentscheidungen zu treffen. Wir feiern 50 Jahre Karlsdorf-Neuthard, ein **ERFOLKSFEST** und ich bin überzeugt davon, dass wir auch für weitere erfolgreiche 50 Jahre die notwendige Kraft aufbringen werden.

Dank

In diesem Sinne möchte ich mich am Ende meiner Rede bei Ihnen, den Damen und Herren Gemeinderäten für die konstruktive, kritische, vertrauensvolle und faire Zusammenarbeit zum Wohle unserer Gemeinde.

Mein herzlicher Dank gilt ebenso den vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die sich in den Vereinen, Kirchen, Organisationen und Einrichtungen oder privat für andere engagieren, oft auch still und unauffällig, und damit unsere Gemeinde jeden Tag aufs Neue liebenswert und lebenswert machen. Besonders bedanken möchte ich mich auch bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, und ich betone es immer wieder sehr gerne, sie sind für mich die wertvollste Ressource, mit ihrem Fleiß, ihrer Kompetenz und ihrer wertschätzenden Arbeit für unser Einwohner unverzichtbar. Ich bin stolz auf mein Team und sehr dankbar dafür! Zum Schluss geht mein besonderer Dank aber an unseren Kämmerer Viktor Schmidt, der abermals bis zum Schluss auf Grund sich immer wieder ändernden Rahmenbedingung an dem Haushalt 2025 gearbeitet hat. Und leider wird diese Arbeit nicht einfacher werden

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich wünsche Ihnen allen besinnliche Weihnachten, einen guten Start ins neue Jahr und vor allem viel Gesundheit.